



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen

Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen, Akademien der
Wissenschaften, Museen und wissenschaftliche Sammlungen

Wissenschaftsrat

Tübingen, 1965

9. Osteuropaforschung

urn:nbn:de:hbz:466:1-8246

III. 9. Osteuropaforschung

Die Osteuropaforschung ist dadurch gekennzeichnet, daß sie sich außerhalb der Hochschulen entwickelt hat, daß sie verhältnismäßig stark zersplittert ist und daß sie von verschiedenen Bundesministerien schwerpunktmäßig gefördert wird. Das letztere Moment mag zu den beiden ersteren beigetragen haben. Die Osteuropaforschung hat bisher Förderung sowohl durch den Bundesminister des Innern als auch durch den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und den Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte erfahren. Hier sollte eine Vereinheitlichung angestrebt werden.

Der Aufgabe einer Koordinierung der Tätigkeit und der Forschungsvorhaben in den verschiedenen Instituten nimmt sich der „Koordinierungsausschuß der deutschen Ostinstitute“ an.

Die Osteuropaforschung befindet sich in einer Bewegung auf die Hochschule zu, die zu begrüßen ist und unterstützt werden sollte. So stellt das Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin (Nr. 34) im Kern eine Zusammenfassung von acht Universitätslehrstühlen mit Assistenten und Seminaren in einem Institutsgebäude dar. Darüber hinaus bestehen einzelne Referate, die in spezieller Ausrichtung auf Osteuropa sonst in der Universität nicht vertreten sind. Die Verbindung von Lehre und Forschung sowie zwischen den Nachbardisziplinen ist der Struktur nach in diesem Institut optimal. Das in der Verwaltung selbständige Institut steht neben den Fakultäten der Universität. Der engen Verbindung dieses Forschungsinstituts zu der Hochschule entsprechend hat der Wissenschaftsrat schon in seinen Empfehlungen von 1960 vorgeschlagen, die Osteuropaforschung in Berlin als Schwerpunkt zu fördern.

Auch in Gießen besteht die Kommission zur Erforschung der Agrar- und Wirtschaftsverhältnisse des europäischen Ostens (Nr. 36) aus den Inhabern der entsprechenden Lehrstühle der Universität. Dieselbe personelle Zusammensetzung hat das interfakultative Institut für kontinentale Agrar- und Wirtschaftsforschung. Diese Organisationsform erscheint unnötig kompliziert. Auf jeden Fall sollte aber die Osteuropaforschung in Gießen wegen ihrer spezifischen Aufgabenstellung auch weiterhin aus Bundesmitteln gefördert werden.

Demgegenüber ist die Verbindung des größten der Ostforschungsinstitute, des Johann-Gottfried-Herder-Instituts in Marburg (Nr. 37), zu den Hochschulen noch verhältnismäßig locker: der Herder-Forschungsrat, der der Träger des Instituts ist, besteht aus 50 wissenschaftlichen Mitgliedern, die zum großen Teil Hochschullehrer sind. Die Beziehungen zur Universität könnten und sollten aber zum gegenseitigen Nutzen noch enger werden. Das Institut hat für seine

Forschungen umfangreiche und laufend zu ergänzende Sammlungen aufgebaut, einen weitverzweigten und stark in Anspruch genommenen bibliographischen Dienst eingerichtet und gibt eine Anzahl von Schriftenreihen heraus. Insofern nimmt es Hilfsaufgaben für die gesamte Osteuropaforschung wahr. Der „Forschungsrat“ selbst ist ein so großes Gremium, daß zu bezweifeln ist, ob er die Beratungsfunktion erfüllen und die Initiative entfalten kann, die das Institut braucht. Es sollte deswegen erwogen werden, dem Institut aus dem Kreis des Rates einen kleinen Ausschuß zur ständigen wissenschaftlichen Beratung beizugeben.

Die im Institut für ostdeutsche Volkskunde in Freiburg (Nr. 35) zusammengetragenen Materialien an volkskundlichen Aufzeichnungen, Volksliedern, Mundartaufnahmen usw. berühren sich eng mit den ungleich größeren und systematischer aufgebauten Sammlungen des Herder-Instituts in Marburg. Die Bestände des Freiburger Instituts sollten deshalb dorthin überführt werden.

Eine lose Konstruktion als interdisziplinäre wissenschaftliche Kommission weist die Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung in Tübingen (Nr. 42) auf, die, aus Hochschullehrern verschiedener Orte bestehend, systematische Forschung an gemeinsamen Objekten betreibt und hierzu eine kleine Arbeitsstelle mit der erforderlichen Fachbibliothek eingerichtet hat, die der zentralen Bearbeitung aller Beiträge dient. Diese Form der überörtlichen Gruppenarbeit mit einem wenig kostspieligen technischen Apparat ist der Gründung eigener Institute für derartige Aufgaben vorzuziehen.

In München sind vier verschiedene Institute vorhanden, die sich mit Fragen der Ostforschung befassen: das Collegium Carolinum-Forschungsstelle für die böhmischen Länder (Nr. 38), das Institut für Ostrecht (Nr. 39), das Osteuropainstitut (Nr. 40), das Südost-Institut (Nr. 41). Es wäre wegen der Verwandtschaft der Aufgaben und wegen der Nachwuchsförderung zweckmäßig, alle vier Institute als „Institut für Ost- und Südosteuropaforschung“ zusammenzufassen. Der für das Osteuropainstitut geplante Anbau wird jedoch höchstens noch ein weiteres Institut aufnehmen können. Die auf lange Sicht wünschenswerte Vereinigung aller vier Institute zu einer Gesamteinstitution kann darum erst später und nur durch einen Neubau an dritter Stelle realisiert werden.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt ist eine möglichst enge Zusammenarbeit aller vier Institute mit dem Ziel der Koordinierung ihrer wissenschaftlichen Vorhaben und die Abstimmung der Bibliotheksanschaffungen vordringlich. Die verwaltungsmäßige und finanzielle Unabhängigkeit der Institute könnte zunächst erhalten bleiben, die Schaffung

gemeinsamer Hilfsinstrumente und die Bestellung eines für alle Teilbibliotheken verantwortlichen Bibliothekars sollten aber schon jetzt vorgesehen werden.

Die Zusammenführung der Institute setzt beim Collegium Carolinum (Nr. 38) gewisse organisatorische Änderungen voraus. Es wird daher empfohlen, die Forschungsstelle für die böhmischen Länder vom Sudetendeutschen Archiv abzutrennen und das Collegium Carolinum in einen Sachverständigenbeirat für diese Forschungsstelle umzugestalten.

Unter der Voraussetzung, daß die Vorschläge für eine engere Zusammenarbeit und allmähliche Zusammenfassung schrittweise verwirklicht werden, verdienen die Einrichtungen verstärkte weitere Förderung.

Außer den hier genannten Instituten sind auf dem Gebiet der Osteuropaforschung noch weitere Einrichtungen tätig, von denen das in anderem Zusammenhang behandelte Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (vgl. S. 133 f.) hier angeführt sei.

F. IV. Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik

Auf dem Gebiet der Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik waren Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen bisher nicht vorhanden. In Teil I der Empfehlungen des Wissenschaftsrates ist seinerzeit vorgeschlagen worden, die Hochschulinstitute für dieses Gebiet in Frankfurt und Hamburg so auszubauen, daß dort Nachwuchs für weitere Lehrstühle herangebildet werden kann. Bei dieser Empfehlung kann es grundsätzlich sein Bewenden haben.

Die besonderen Verhältnisse in München legten es jedoch nahe, dort ein Institut außerhalb der Münchener Hochschulen zu errichten. So ist vor kurzem am Deutschen Museum das „Institut für Geschichte der exakten Naturwissenschaften und der Technik (Conrad Matschoß-Institut)“ gegründet worden. Dieses Institut soll der wissenschaftlichen Nutzung der reichen Schätze an Originalapparaten und -maschinen in den Sammlungen und des vielfältigen schriftlichen Quellenmaterials in der Bibliothek des Deutschen Museums dienen. Es ist daran gedacht, es mit dem Lehrstuhl für die Geschichte der Naturwissenschaften der Universität und dem Lehrstuhl für Geschichte der exakten Naturwissenschaften und der Technik der Technischen Hochschule zu verbinden. Eine solche Verbindung ist sachgerecht und sollte gefördert werden. Es dürfte zweckmäßig sein, daß das Institut Forschungs- und Lehraufgaben wahrnimmt und ihm demgemäß auch die Aufgaben des Seminars für Geschichte der Naturwissenschaften der Universität München übertragen werden. Dabei ist daran zu